Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 273 (1994)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-376890

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Von Dr. Walter Bührer, Trogen

«Das Pendel hat in eine ungewünschte Richtung ausgeschlagen – alles, was schief laufen konnte, ist schief gelaufen.» Diese düstere Bilanz hat das renommierte Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in seinem Jahresbericht 1992/93 gezogen. Tatsächlich war 1992/93 kein gutes Jahr für die Völkergemeinschaft: Ohnmächtig musste sie miterleben, wie selbst auf dem europäischen Kontinent, im ehemaligen Jugoslawien und in der früheren Sowjetunion, Konflikte in beispiellos grausame Kriege ausarteten. Als besonders gefährliche Entwicklung erschien das Wiederaufflackern des Nationalismus in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern. Als schlimm wertete das IISS auch «die von der internationalen Gemeinschaft gezeigte Unfähigkeit, mit wirksamen multilateralen Antworten auf Bedrohungen zu reagieren».

Der Zusammenbruch des Sowjetimperiums schien nach 1989 die Chance zu eröffnen, die bis dahin ausgegrenzten Völker Osteuropas ebenfalls in die im Entstehen begriffene europäische Friedensordnung einbeziehen zu können. Doch der Euphorie ist Ernüchterung gefolgt: Die kommunistische Herrschaft hinterliess nicht nur ein wirtschaftliches Trümmerfeld; es fehlten auch manchenorts Voraussetzungen und Grundlagen, um freiheitliche und demokratische Staatsordnungen aufzubauen. «Weil wir nicht gelernt haben, mit der Freiheit umzugehen», klagte Michail Gorbatschow am Weihnachtsabend 1991, als er sich als letzter Präsident der Sowjetunion von seinen Landsleuten verabschiedete. Im Vakuum, das der Kommunismus hinterlassen hatte, drohten nicht nur die mühsam errungenen demokratischen Errungenschaften wieder unterzugehen; bisher unterdrückte nationalistische Leidenschaften wurden von verantwortungslosen Politikern bewusst geschürt, um von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten abzulenken.

Südslawische Nationalismen

In keinem Land erhob die Hydra des Nationalismus hässlichere Häupter als im ehemaligen Jugoslawien. Auch dort hatte das Ende des kalten Krieges den Menschen mehr Freiheit und Selbstbestimmung gebracht, aber auch dort hatten die Menschen kaum gelernt, «mit der Freiheit umzugehen». Zum Wiederaufleben des Nationalismus trug das geschichtliche Erbe des südslawischen Raumes bei: Serben, Kroaten, Slowenen, Bosniaken, Mazedonier, Montenegriner und Albaner waren jahrhundertelang Spielball der Grossmachtinteressen – zwischen Türken und

Opfer der Tragödie in Bosnien: Bosko Brkic, ein Serbe, und seine muslimische Freundin Admira Ismic, beide 25jährig, liegen während Tagen im Niemandsland zwischen den Frontlinien – erschossen von Heckenschützen auf der gemeinsamen Flucht aus Sarajevo. *(Bilder: Keystone)*

Österreich-Ungarn – gewesen. Erst der im 19. Jahrhundert erwachende südslawische Nationalismus hatte die Gräben zwischen den sprachlich wie religiös verschiedenen Volksgruppen zu überbrücken vermocht. Dem 1918 proklamierten «Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen» gelang es nicht, die südslawischen Völkerschaften gleichberechtigt zu integrieren; grossserbische Interessen überwogen, obschon mit dem Namen Jugoslawien (ab 1929) jeder Anspruch auf den Vorrang eines einzelnen Volkes überdeckt wurde. Der erste Versuch, die Serben, Kroaten und Slowenen in einem grossen Staat zu vereinigen, scheiterte schliesslich genauso an der Unfähigkeit, einen inneren Ausgleich zu finden, wie an den internationalen Verwicklungen, die im April 1941 zum Einmarsch der deutschen Wehrmacht führten. Unter dem Schirm der Nazi-Besatzer begingen kroatische Ustascha-Extremisten in den folgenden Jahren unsägliche Verbrechen, die tiefe Spuren im Bewusstsein der Serben hinterliessen. Was damals geschah – die Überfälle auf serbische Dörfer und die Tötung und Vertreibung Hunderttausender serbischer Kroaten – sollte sich fünf Jahrzehnte später, unter anderen Vorzeichen, in schrecklicher Weise wiederholen. Der föderative Staat, den der ehemalige Partisanenführer Josip Broz Tito schuf, vermochte die nationalen Gegensätze immerhin für einige Jahrzehnte zu unterdrücken. Tito rühmte sich einmal: «Ich regiere ein Land mit zwei Alphabeten, drei Sprachen, vier Religionen und fünf Nationalitäten, die in sechs Republiken leben, von sieben Nachbarn umgeben sind und mit acht nationalen Minderheiten auskommen müssen.» Doch unter der eisernen Faust des Diktators schwelten Emotionen, Ängste, Hass und Neid zwischen den verschiedenen Nationalitäten weiter.

Das Auseinanderbrechen Jugoslawiens

Das Auseinanderbrechen des Vielvölkerstaates liess sich nach dem Wegfallen der kommunistischen Klammer nicht lange vermeiden. Die Gräben zwischen Serbien und den andern Republiken weiteten sich unüberbrückbar aus, als freie Wahlen in Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina nichtkommunistische Politiker an die Macht brachten, während in Serbien und Montenegro weiterhin Kommunisten den Ton angaben. Die historisch bedingten Vorurteile zwischen den einzelnen Völkerschaften mündeten schliesslich in bewaffnete Feindseligkeiten aus. Den ersten Anlass dazu gaben die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens im Sommer 1991. Serbische Freischärler, unterstützt von der von Serbien kontrollierten Bundesarmee, widersetzten sich mit Waffengewalt der Abspaltung von Rest-Jugoslawien, die Serben zu Minderheiten in den neuen Staaten werden liessen. Die «Logik» des nationalstaatlichen Prinzips verlangte, dass andere Volksgruppen zur Auswanderung gezwungen oder von der eigenen Volksgruppe besiedelte Territorien in Feindesland «heimgeholt» wurden. Nach diesem Muster verlief 1991/92 der serbisch-kroatische Krieg, der nach der Volksabstimmung über die Ausrufung der Unabhängigkeit in Bosnien-Herzegowina im April auf diese Republik übergriff und an Brutalität alles Bisherige in den Schatten stellte.

Bosnische Tragödie

Der Versuch, ein unabhängiges Bosnien zu schaffen, hätte nur gelingen können, wenn alle drei dort lebenden Volksgruppen sich dazu bekannt und in ein föderalistisches, die Rechte der Minderheiten respektierendes Staatsmodell eingewilligt hätten. Bosnien war gewissermassen ein Jugoslawien im kleinen gewesen: Bis zum Zeitpunkt der Souveränitätserklärung lebten in dieser Republik rund 4 Millionen Menschen, 40% von ihnen muslimische Bosniaken, 32% Serben, 18% Kroaten und 10% Angehörige anderer Volksgruppen. Da jedoch vor allem die bosnischen Serben eigene nationale Rechte ver-

langten, war die Katastrophe vorprogrammiert. Seither ist die Aufteilung Bosniens beschlossene Sache; gekämpft wird zwischen Serben, Kroaten und Moslems um möglichst grosse Gebietsanteile, die – einmal erobert – durch Vertreibung der «gegnerischen» Volksgruppen «ethnisch gesäubert» und damit definitiv in Besitz genommen werden. Die Kämpfe forderten nicht nur Zehntausende von Opfern in den von serbischen Verbänden eingekesselten Städten – Namen wie Zadar, Cerska, Srebrenica, Gorazde, Tuzla blieben als Orte des Schreckens in Erinnerung haften. Auch Regionen, in denen Serben früher problemlos mit Muslimen und Kroaten zusammengelebt hatten, wurden in den Strudel des Bürgerkrieges hineingezogen. Über zwei Millionen Menschen verloren ihre Heimat und fanden Unterschlupf in Flüchtlingslagern, vornehmlich in Kroatien, Slowenien, Ungarn und Serbien. In an KZ erinnernden Lagern wurden Frauen, Kinder und Männer gefoltert, geschändet und hingerichtet, vegetierten Tausende unter unbeschreiblichen Bedingungen dahin.

Muslimische Flüchtlinge in einem Auffanglager an der bosnisch-serbischen Grenze.

Die internationale Völkergemeinschaft stand den barbarischen Auseinandersetzungen weitgehend machtlos gegenüber. Eine bewaffnete Intervention, wie sie zeitweise von der neuen amerikanischen Regierung erwogen wurde, konnte kaum in Frage kommen, solange am Boden UNO-Beobachter und Blauhelmtruppen stationiert waren, um einen minimalen Schutz für die notleidende Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Ausserdem fehlten klare Vorstellungen über eine längerfristig tragfähige Friedensordnung in Bosnien-Herzegowina. Anderseits spielte das Zögern des Auslandes, besonders der europäischen Nato-Partner, den serbischen «Hardlinern» geradezu in die Hände: Friedenskonferenzen in Genf, London, New York – jeweils als Verhandlungen «der letzten Chance» deklariert – zerschlugen sich immer wieder an der Intransigenz der bosnischen Serben, die rund zwei Drittel des Territoriums der Republik für sich forderten. Der von den UNO-Vermittlern Vance und Owen entworfene Friedensplan – er sah die Aufteilung Bosniens in zehn weitgehend autonome Provinzen unter einer gemeinsamen Regierung vor – wurde schliesslich Mitte Mai 1993 von der serbischen Bevölkerung in einem Referendum verworfen. Die Fortsetzung der Kämpfe – und deren mögliche Ausweitung auf Kosovo und Mazedonien, mit unabsehbaren Folgen für das übrige Europa – war damit vorprogrammiert. «Das Schlachthaus Balkan ist keine obszöne Marginalie, es ist ein zentrales Ereignis», schrieb der Schriftsteller Adolf Muschg: «Europa muss es ertragen, im Spiegel des Balkans sein eigenes blutiges Gesicht wiederzuerkennen.»

Konflikte in Osteuropa

Auf zivilisiertere Weise spielte sich die Auflösung der Tschechoslowakei ab – obschon sich auch hier ethnische Gesichtspunkte gegenüber wirtschaftlichen und politischen Interessen durchsetzten. Die Parlamentswahlen am 5./6. Juni 1992 hatten zu einer Patt-Situation geführt: Die jeweiligen Wahlsieger im tschechischen und slowakischen Landesteil vertraten unvereinbare Ansichten über den Reformkurs und die Ausgestaltung der gemeinsamen Staaten. Sie einigten sich deshalb – ohne eigentlichen Wählerauftrag – nach kurzer Zeit auf ein Ende der CSFR. An ihrer Stelle entstanden am 1. Januar 1993 zwei unabhängige Staaten: die Tschechische und die Slowakische Republik.

Blut floss hingegen auf dem Boden mehrerer ehemaliger Sowjetrepubliken: im armenisch-aserbeidschanischen Krieg in Berg-Karabach, in den Bürgerkriegen in Georgien (der durch die Separationsversuche der Abchasen und der Südosseten zusätzlich kompliziert wird), in der Moldau, in Tadschikistan und im zu Russland gehörenden Nordossetien. Allen diesen mit wechselnder Intensität geführten Kriegen liegen vor allem ethnische Konflikte zugrunde. Ethnische Spannungen bestehen auch im Baltikum, wo Esten, Letten und Litauer die Russen, die zu Minderheiten in den neuen Staaten geworden sind, mit restriktiven Staatsbürgerschaftsbestimmungen diskriminieren.

Gravierender in ihren möglichen Auswirkungen war jedoch die Auseinandersetzung um die Macht in Russland – zwischen dem reformorientierten Präsidenten Boris Jelzin und dem von Altkommunisten und Nationalisten beherrschten Kongress der Volksdeputierten. Kein interner politischer Machtkampf stelle für den Rest der Welt ein so hohes Sicherheitsrisiko dar, befand auch das Institut für Strategische Studien. Jelzins Gegnern spielte insbesondere die desolate Wirtschaftslage in die Hände. Ihr Versuch, den Präsidenten durch ein Votum des Volkskongresses seiner Macht zu entheben, scheiterte Ende März nur knapp. Durch ein Referendum, das am 25. April abgehalten wurde, vermochte sich der Präsident zwar neuen Rückhalt bei der Bevölkerung zu verschaffen. Die Verfassungskrise war damit freilich noch nicht aus der Welt geschafft. Nach wie vor beanspruchte der (noch unter der geltenden kommunistischen Verfassung gewählte) Volkskongress ähnliche Machtbefugnisse, wie sie Jelzin geltend machte.

Von Bush zu Clinton

In den USA unterlag Präsident George Bush bei den Wahlen vom 3. November 1992 seinem demokratischen Herausforderer Bill Clinton, der als erster Demokrat seit 1976 das Weisse Haus eroberte. Ein Machtwechsel vollzog sich auch in Israel (vom Likud zur Arbeitspartei unter Yitzhak Rabin). In Frankreich wurde die Sozialistische Partei in den Parlamentswahlen vom März 1993 verheerend geschlagen; Gaullisten und Liberalkonservative (UDF) verfügten in der neuen Nationalversammlung über 80 Prozent der Sitze;

George Bush (links) gratuliert seinem Nachfolger Bill Clinton nach dessen Vereidigung am 20. Januar 1993.

neuer Premierminister wurde der Gaullist Edouard Balladur.

Schwieriges Jahr für Europa

Auch abgesehen von den Ereignissen in Ex-Jugoslawien erlebte Europa ein schwieriges Jahr: Rezession und Wirtschaftskrise machten praktisch allen Ländern zu schaffen, im besonderen Deutschland, das schwer unter den Lasten der Wiedervereinigung trug. Die Ratifikation des Maastricht-Abkommens – es sieht den Ausbau der EG zu einer politischen Union mit gemeinsamer Sicherheitspolitik und Währung vor – geriet ins Stocken, als die Dänen am 2. Juni 1992 das Abkommen mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 50,7 Prozent verwarfen. Ein knappes Jahr später – am 18. Mai 1993 – machten die Dänen ihr Votum zwar rückgängig (diesmal mit einer Ja-Mehrheit von 57 Prozent); zuvor hatte die EG dem nordeuropäischen Land jedoch weitreichende Konzessionen zugestehen müssen: einen Dispens von der geplanten Währungsunion, von der gemeinsamen Verteidigungspolitik, von der Verpflichtung zur polizeilichen Zusammenarbeit und von der Unionsbürgerschaft für Ausländer aus allen EG-Staaten. Erst nach dem dänischen Ja konnte das widerstrebende britische Unterhaus für die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages gewonnen werden. Italien seinerseits wurde von einer Kette von Korruptionsaffären erschüttert; die Quittung erteilten die Stimmberechtigten am 18./19. April, als sie sich mit über 80 Prozent für eine Änderung des Wahlrechts aussprachen und damit ihr Misstrauen gegen die traditionelle Parteienwirtschaft bekundeten.

Kein gutes Jahr war 1992/93 auch aus der Sicht der Dritten Welt. Wohl legte der sogenannte «Erdgipfel von Rio» im Juni 1992 ein Bekenntnis zu einer globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik ab. Weder die Klimakonvention noch das Artenschutzabkommen fanden jedoch einhellige Unterstützung (Widerstand kam vor allem von seiten der USA und der ölexportierenden Länder). – Das in Anarchie versinkende und von anhaltender Dürre ausgetrocknete ostafrikanische Land Somalia wurde von einer katastrophalen Hungersnot heimgesucht, die Hunderttausende von Opfern forderte; erst die Intervention einer 37 000 Mann starken amerikanischen Friedenstruppe vermochte das Elend fürs erste zu beenden. – Nicht absehbar war zur Zeit dieses Berichts der Erfolg der UNO-Intervention in Kambodscha zur Vorbereitung der Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung; das Ausscheren der Roten Khmer liess jedoch erwarten, dass dem gepeinigten südostasiatischen Land weitere Kriegswirren bevorstehen würden.

Innenpolitischer Rückblick

Als «Jahr der europäischen Herausforderung» hatte der damalige Bundespräsident René Felber 1992 deklariert – als Jahr des EWR-Neins wird es wohl in die Geschichte eingehen. Zumindest in der zweiten Jahreshälfte bestimmte die Euro-

Betroffenheit nach dem EWR-Nein: die Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz, René Felber und Arnold Koller.

pa-Thematik die schweizerische Politik in einem nie gekannten Masse. Die Auseinandersetzung kulminierte, nach einem für schweizerische Verhältnisse beispiellos engagiert geführten Abstimmungskampf, im Urnengang vom 6. Dezember über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum. 50,3 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sprachen sich, bei einer Stimmbeteiligung von 78,3%, gegen das Vertragswerk aus, das der Schweiz den Zugang zum europäischen Binnenmarkt eröffnet hätte.

Das Nein zum EWR-Beitritt

Zwar fiel das Volksnein mit 23 000 Stimmen Vorsprung ausgesprochen knapp aus; bei den Standesstimmen war das Resultat jedoch deutlich: 16 Kantone lehnten den EWR-Beitritt ab; nur gerade sieben – alle welschen Kantone sowie die beiden Basel – stimmten ihm zu. Am stärksten war die Ablehnung in den Innerschweizer Kantonen; Uri verzeichnete 74,5 % Nein, aber auch in Schwyz, Obwalden und Appenzell Innerrhoden betrug der Nein-Anteil über 70 Prozent. Appenzell Ausserrhoden verwarf den EWR-Beitritt mit 63,2% Nein, St.Gallen mit 61,5% Nein und Thurgau mit 63,6% Nein. Deutlich war demgegenüber die Zustimmung in der Romandie: Mit 80,1 Prozent erzielte Neuenburg die grösste Ja-Mehrheit, gefolgt von Waadt, Genf und Jura mit 78 und 77 Prozent. Der Kanton Tessin verwarf den EWR-Beitritt ähnlich deutlich wie die meisten Deutschschweizer Kantone (mit 61,5% Nein). Eine Woche nach den Schweizern stimmten die Liechtensteiner dem EWR-Abkommen mit 55,8 Prozent zu; die enge Verbindung zur Schweiz erfuhr damit, nach dem Beitritt des Fürstentums zur UNO, eine weitere Lockerung.

Die Resultate der EWR-Abstimmung zeigten einen tiefen Graben zwischen den Sprachregionen auf. Auch in der Deutschschweiz waren indessen bemerkenswerte Unterschiede im Stimmverhalten zu verzeichnen: Fast alle grösseren Städte sagten ja, während in ländlichen Gebieten die Ablehnung zum Teil massiv war. Analysen des Abstimmungsresultates ergaben recht deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen und Bildungsschichten, weniger indessen zwischen den Generationen.

Die Gründe des EWR-Neins waren zweifellos vielfältig. Auch äussere Umstände trugen dazu bei: Erst Anfang Mai konnte das Vertragswerk in Porto unterzeichnet werden – nachdem der EG-Gerichtshof und das EG-Parlament Nachverhandlungen erzwungen hatten. Die Zeit, die zur Verfügung stand, um die Anpassung unserer Gesetze an die EWR-Rechtsordnung vorzunehmen und die Volksabstimmung vorzubereiten, wurde dadurch auf ein knappes halbes Jahr eingeengt. Auch das Bild, das die EG vermittelte, sowie die militärische und politische Impotenz der Europäischen Gemeinschaft im Jugoslawien-Konflikt trugen kaum zur Akzeptanz der EWR-Vorlage bei. Zur Verwerfung mag auch der Beschluss des Bundesrates vom 18. Mai 1992 beigetragen haben, ein Gesuch um Beitrittsverhandlungen bei der EG einzureichen. Die Kritik entzündete sich ferner am befürchteten Abbau der Volksrechte sowie daran, dass die Weiterentwicklung des EWR-Rechts einseitig von der EG bestimmt werden konnte. Die eigentlichen Ablehnungsgründe wurzelten jedoch tiefer: in der Angst vor Fremdbestimmung, vor dem Verlust schweizerischer Identität sowie vor zusätzlicher Überfremdung. Mit Christoph Blocher stand den EWR-Gegnern überdies ein Volkstribun zur Verfügung, der den Widerstand gegen den Vertrag publikumswirksam zu artikulieren vermochte.

Wille zur Öffnung

Wie weiter nach dem EWR-Nein? Der Bundesrat liess keinen Zweifel daran, dass er sich sämtliche Optionen offenhalten wollte. Forderungen nach einer raschen zweiten EWR-Abstimmung erteilte er aber ebenso eine Absage wie einem Rückzug des EG-Beitrittsgesuches. Um die zu erwartenden Konkurrenznachteile

Mit Erfolg warb Bundesrat Adolf Ogi für das Neat-Projekt.

durch den Ausschluss vom EG-Binnenmarkt in Grenzen zu halten, unterbreitete die Landesregierung dem Parlament eine Reihe von Deregulierungsmassnahmen sowie die Neuauflage eines Teils der Eurolex-Vorlagen. Vorrangige Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Liberalisierung des Kartellwesens und des Arbeitsmarktes. Allerdings kam der Bundesrat nicht um die ernüchternde Feststellung herum, dass schweizerische Anliegen seit dem EWR-Nein für Brüssel nicht mehr erste Priorität haben.

Das EWR-Nein bedeutete nicht, dass sich die Schweiz mutwillig von Europa und der übrigen Welt abzusondern gedachte. Im Gegenteil, mehrfach artikulierte sich in der Berichtsperiode ein deutlicher Wille zur Öffnung gegenüber Europa und der übrigen Welt: Am 17. Mai 1992 billigten die Stimmberechtigten mit 55,8% Ja den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank, und am 27. September stimmten sie mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 63,5% der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) zu; die Vorlagen waren sowohl von linksgrünen wie von rechtsbürgerlichen Kreisen bekämpft worden.

Finanzielle Engpässe

Dank der Neat verfügt die Schweiz über ein wichtiges Pfand, um künftig über die Verteilung und Lenkung der Verkehrsströme in Europa und über den Alpentransitverkehr mitreden zu können. Freilich zeichnete sich bereits ein halbes Jahr nach dem Neat-Entscheid ab, dass die Finanzierung des «Jahrhundertwerks» Schwierigkeiten bereiten würde. Die wirtschaftliche Rezession schlug sich hart in den Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden nieder. Im Bundeshaushalt resultierte 1992 anstelle eines bud-

Fair und zuverlässig.

fmfutter zanovit

Fritz Marti AG
Dufourstrasse 73
CH-9001 St.Gallen
Tel. 071-22 30 35

Zanovit AG
5264 Gipf-Oberfrick
Tel. 064-61 13 92

Schweinefutter
Milchviehfutter
Rindermastfutter
Kälbermilch

Geflügelfutter
Pferdefutter
Kaninchenfutter

getierten Fehlbetrages von 1,3 Milliarden ein Defizit von 2,86 Milliarden Franken; noch höhere Fehlbeträge lässt der Finanzplan bis 1996 erwarten. Angesichts dieser desolaten Situation zeigten die Stimmberechtigten ein bemerkenswertes Verantwortungsbewusstsein, als sie am 9. März der Erhöhung der Treibstoffzölle um 20 Rappen mit 54,4 Prozent Ja zustimmten.

«Frauenpower»: Christiane Brunner (rechts) und Ruth Dreifuss, die am 10. März 1993 in den Bundesrat gewählt wurde.

Offenheit und Reformwillen zeigten die Stimmberechtigten auch mit Blick auf die Gen- und Fortpflanzungstechnologie sowie auf einen zivilen Ersatzdienst; beide Bereiche erhielten die fällige Verfassungsgrundlage. Im Agrarbereich leitete der Bundesrat eine Neuorientierung ein: Gestützt auf den 7. Landwirtschaftsbericht wurde die gesetzliche Grundlage für ergänzende Direktzahlungen sowie für Ausgleichsbeiträge für besonders naturnahes Bauern geschaffen. Neue Leitbilder erhielten auch Armee und Zivilschutz; beide Bereiche sollen verjüngt und bestandesmässig um rund ein Drittel verkleinert werden.

Denkwürdige Bundesratswahl

Ein merkwürdiges Zwischenspiel erlebte die Schweiz bei der Ersatzwahl in den Bundesrat. Im Januar kündigte Bundesrat René Felber aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt an. Entgegen dem Wahlvorschlag der SP-Fraktion, der auf die Genfer Nationalrätin Christiane Brunner lautete, zog es die bürgerliche Mehreit der Bundesversammlung am 3. März 1993 vor, den Neuenburger Kandidaten Francis Matthey zu erküren. Auf Druck der SP-Fraktion lehnte Matthey die Annahme der Wahl jedoch ab. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein solidarisierten sich Frauen mit der unterlegenen Christiane Brunner. Auf beiden Seiten des politischen Spektrums mehrten sich die Stimmen, die ein Ende der Zauberformel als wünschbar oder unausweichlich bezeichneten. Mit der Wahl der SGB-Sekretärin Ruth Dreifuss zum 100. Mitglied des Bundesrates konnte schliesslich eine drohende Krise des Regierungssystems abgewendet werden.

Ausflugsziele im Appenzeller Vorderland: Heiden

Das ideale Ausflugsziel für Feriengäste, Einheimische, Familien, Schulen und Vereine!

Ein tolles Erlebnis ist die abwechslungsreiche Fahrt (25 Min.) mit der einzigen Zahnradbahn am Bodensee: der Rorschach–Heiden-Bergbahn. Direkter Anschluss an die Bodenseeflotte ab Rorschach-Hafen: täglich jeweils 20 Min. nach jeder vollen Stunde (im Stundentakt, von 7.20 bis 20.45 Uhr).

Heiden–Rorschach: jeweils 50 Min. nach jeder vollen Stunde (von 6.50 bis 20.14 Uhr).

Fahrpreise: (Ermässigung für Gruppen!)
Erwachsene: einfach Fr. 3.80 / retour Fr. 7.60
Kinder: einfach Fr. 1.90 / retour Fr. 3.80

Infoblatt mit genauen Fahrzeiten und Rundfahrtenpreisen erhalten Sie bei den Verkehrsbüros oder direkt bei: RHB, Tel. 071/91 18 52.

Attraktionen: Die offenen Nostalgiewagen, die im Sommer bei schönem Wetter fahrplanmässig im Einsatz sind. Die einmalige (Nachmittags-)Rundfahrt mit zwei Bergbahnen, dem Postauto und dem Schiff.